

Danziger Zeitung.

Nr. 19013.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhagergasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Juli. (Privattelegramm.) Am Sonntag wurde in sämtlichen hiesigen Wahlkreisen ein von den „engeren Genossen in der inneren Bewegung“ — der geheimen socialistischen Organisation unter dem Socialistengesetz — ausgehendes Flugblatt verbreitet, welches die socialdemokratische Fraktion scharf angreift, die angebliche Corruption bekämpft, gegen die parlamentarischen Anträge eifert, die Unmöglichkeit einer friedlichen Lösung der socialen Frage behauptet und von dem Einschleichen eines bürgerlichen Elementes spricht, dessen Ziele denen des Proletariats entgegengekehrt seien.

Newyork, 22. Juli. (W. I.) Die hiesigen Zolleinnahmen während der ersten 20 Tage des Juli betragen 6 795 487 Dollar, oder 3 285 551 Doll. weniger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Juli.

Das theure Brod

Ist nach der Meinung oder wenigstens nach der Behauptung verschiedener conservativer Blätter lediglich ein Product freisinniger Zeitungsphantasien oder höchstens der Börsen-speculanten. Die hohen Preise sollen dabei bekanntlich durchaus unschuldig sein. Aber mitunter verirrt sich denn doch auch in die Spalten eines conservativen Blattes ein Bericht, welcher die Wucht der Thatfachen anerkennt und die Dinge schildert wie sie wirklich sind. So schreibt der conservative „Ober-schles. Anzeiger“: 1600 Personen passierten am Donnerstag das Zollamt Goczalkowicz, Kreis Plesch, welche sich in Oesterreich den zollfrei zugestandenen Mehlbedarf (9600 Pfund) geholt hatten. In einem Monat macht dies 288 000 Pfund. Am 15. Juli haben 1740 Personen aus dem Neufelder Kreise (Oberschlesien) je 6 Pfund Mehl aus Oesterreich zollfrei eingebracht und bei dem Neben-Zollamt in Kunzen-dorf angemeldet. Nach einem Bericht des Grenz-zollamts in Wülfegiersdorf sind im Monat Mai 40 470 Centner Brod und Mehl aus Oesterreich über die Grenze geholt worden. Im Juni ist der Verkehr noch lebhafter gewesen. In demselben Orte Wülfegiersdorf circulirt jetzt eine Theuerungs-Petition an den Reichskanzler. In derselben wird nachgewiesen, daß eine Arbeiterfamilie, aus 6 Köpfen bestehend, für Kartoffeln, Brod und Roggenmehl täglich 53 Pfennige mehr ausgeben muß als im Jahre 1885.

Diese trockenen, aber bedeutsamen Zahlen sprechen eine sehr berechtigte Sprache. Sie haben ein größeres Gewicht, als die faden und schlecht angebrachten Witze, welche gewisse conservative Blätter fast tagtäglich über diese Dinge machen. Es ist kaum glaublich, mit welcher Unkenntnis und Oberflächlichkeit fortwährend in diesen wichtigen Fragen discutirt wird. So behaupten mit großer Emphase die „Berl. Pol. Nachr.“, heutigen Tages dürfte es unter den einträglichen Gegnern der Getreidepreise kaum noch jemanden geben, der behaupten wollte, daß der Zoll den alleinigen oder doch den hervorragendsten Einfluß auf die Steigerung des Getreidepreises übe. Die „Berl. Pol. Nachr.“ thun so, als ob Schutzzölle und Agrariern das Verdienst gebühre, diese neue Weisheit entdeckt zu haben. Welcher Gegner der Getreidezölle hat denn je behauptet, daß der Zoll allein den Getreidepreis beeinflusse? Man zeige ihn uns doch einmal! Was die Gegner dieser Zölle behauptet haben und was feststeht, ist, daß der Zoll das Getreide um die 5 Mk. durchschnittlich verteuert, so daß wir um diesen Betrag billiger das Getreide haben könnten, wenn die Zölle nicht wären. Der conservative „Ober-schles. Anz.“ sollte seinen Gefinnungsgegenossen in Berlin einmal ein Privatgespräch auf Grund der Thatfachen halten. Vielleicht begreifen sie es endlich!

Gefinnungstüchtigkeit.

Vor der Wahl im Kreise Kassel-Melsungen schrieb der antisemitische „Leipz. Tagesanz.“, das Organ derjenigen Richtung, zu welcher sich Dr. Paul Förster hält: „Unter diesen Umständen wäre der Wahlkreis rettungslos der Socialdemokratie verfallen, und es würde dem Kaiser, der in diesem Herbst zum Mandat nach Hessen kommt, nicht erspart bleiben, die Stadt, in der er seine geistige Ausbildung genoss, durch einen Todfeind der Monarchie im Reichstage vertreten zu sehen, wenn nicht unsere deutsch-social Antisemitenpartei jugendfrisch und hoffnungsfroh aus dem Kampfplatz erschienen wäre. Wir allein können, wir wollen und wir werden der Socialdemokratie den Sieg entreißen.“

So schrieb das antisemitische Blatt vor der Ergänzungswahl. Und was schreibt dasselbe Blatt jetzt nach der Hauptwahl? Es proclamirt Wahlenthaltung und stellt die Wahl des Socialdemokraten als zweifellos hin. „Nachdem unser Candidat unterlegen ist, kann es uns nicht mehr um vollkommen gleichgültig sein, wer von den gegnerischen Candidaten schließlich das Mandat erhält.“

Das ist die Einförmigkeit des früher gesprochenen stolzen Wortes: „Wir können, wollen und werden der Socialdemokratie den Sieg entreißen!“ Jedenfalls würde, wenn die antisemitischen Wähler dem Rath ihres Leipziger Organs folgen, durch die Antisemiten den Socialdemokraten der Sieg geschenkt werden. Die conservativen Blätter (u. a. auch die „Post“) sind einstweilen der Meinung, daß ein großer Theil der antisemitischen Wähler schließlich doch für Endemann stimmen wird, weil

sie die Verantwortung für den Sieg des Socialdemokraten zu übernehmen sich scheuen.

Industrielle Schutzzölle gegen Agrarier.

Der conservative Abgeordnete Graf v. Kanitz hat, nachdem er schon bei Gelegenheit der letzten Etatsberatung des Abgeordnetenhauses sich scharf gegen die westfälischen Kohlenverkaufsvereine ausgesprochen hatte, kürzlich in einer Broschüre seine Kritik derselben näher begründet. Dadurch hat er sich natürlich in hohem Grade das Mißfallen der Urheber und Verteidiger jener Vereine zugezogen und sich manches böse Wort gefallen lassen müssen. So urtheilt ein Blatt, welches in erster Linie die Interessen der rheinisch-westfälischen Kohlengruben verteidigt, über den Grafen Kanitz, den es früher häufig neben dem Grafen Mirbach als einen hervorragenden Vertreter der für Landwirthschaft und Industrie gleich werthvollen Schutzpolitik feierte: „Herr Graf Kanitz gehört zu denjenigen Agrariern, welche nicht allein durch einen engherzigen Egoismus (!), der nicht in dem berechtigten Streben, weiter zu kommen, sondern lediglich im Neide auf andere hochstrebende wirthschaftliche Factoren besteht, sondern noch mehr durch den politischen Hochmuth des Grundbesitzes gegen die Industrie den Bund zwischen Landwirthschaft und Industrie erschweren.“ Gleichzeitig stellt dieses Blatt die sonderbare Behauptung auf, die Verkaufsvereine seien Cartelle, wie deren die Landwirthschaft in den Credit-, Productiv- und Leihgenossenschaften und in den Versicherungsvergesellschaften so zahlreich bestünde und meint, Graf Kanitz sei bloß deshalb gegen die Verkaufsvereine so eingenommen, weil er sich mit seinen Gutsnachbarn über die Bildung eines Getreideverkaufsvereins nicht hat verständigen können. Mit derartigen Argumenten kann man selbstverständlich gegen keine nur einigermaßen sachlich begründeten Ansichten etwas ausrichten. Das hat denn auch der Verfasser einer Broschüre empfunden, welche soeben unter dem Titel: „Die Kohlenverkaufsvereine und ihre wirthschaftliche Nothwendigkeit“ als eine Entgegnung auf die Kanitz'sche Schrift erschienen ist und die in manchen Punkten sehr ansehnliche Ausführungen der letzteren sachlich entgegnen versucht. Als Director einer Grubenverwaltung in Westfalen und Mitbegründer des ersten dort errichteten Kohlenverkaufsvereins verfügt der Verfasser, A. Effertz über eine dem Grafen Kanitz fehlende Geschäfts- und Lokalkenntnis und ist daher nicht selten in der Lage, unrichtige Auffassungen des letzteren und die daraus gezogenen Schlüsse mit Erfolg zu bekämpfen. Im übrigen vertritt er den Standpunkt, daß sich gegen die Kohlenverkaufsvereine nicht das geringste einwenden läßt. Bezeichnend in dieser Hinsicht sind zwei Ausführungen. Die billigen Cokesverkäufe in das Ausland, welche das Cokes-syndicat abgeschlossen hat, verteidigt Hr. Effertz damit, daß nur dadurch ein großer Theil unserer Fettkohlenzweigen im Betriebe erhalten und „aufenden und aber aufenden von Bergleuten mit ihren Familien ihre Existenz“ gesichert werden könne und daß ein Verkauf zum Preise von 10 Mk. pro Tonne ins Ausland keine Schädigung der inländischen Industrie, welche 13 Mk. pro Tonne zu zahlen habe, bedeute, weil das Ausland doch auch die Fracht tragen müsse und dadurch der Cokes nicht billiger bestünde. Gerade hierdurch wird zugestanden, was gegen die Kohlenverkaufsvereine eingewendet wird. Sie verkaufen in gewissen Zeitpunkten billiger ins Ausland, um den Preis im Inlande höher halten zu können, als der Marktlage entspricht. Daß die Fracht die Differenz ausgleiche, ist zudem auch nicht der Fall. Von Dortmund oder Essen ist der Schienenweg nach Belgien nicht länger als derjenige, welcher zu manchen einheimischen Cokesverbräuchern führt. Und wenn unsere Zeitkohlenzweigen nicht anders als durch Bewilligung niedrigerer Preise im Betrieb erhalten werden können, weshalb steht man die Preise nicht allgemein herab, um den inländischen Eisenwerken den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu erleichtern und weshalb bevorzugt man die ausländischen Verbraucher? Auf diese Fragen giebt der Verteidiger der Kohlenverkaufsvereine keine Auskunft.

Wahlprüfungen durch ein Gericht.

In der vielbesprochenen Frage der Wahlprüfungen hat die ungarische Regierung die Entscheidung getroffen, dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die Entscheidungen über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Abgeordnetenwahlen nicht mehr von Seiten des Parlaments, sondern von dem obersten Gerichtshof des Landes getroffen werden sollen. Auch in Deutschland ist diese Forderung wiederholt erhoben. Mancher verspricht sich von der Erfüllung derselben eine schnellere und unparteiischere Entscheidung. Wir haben uns wiederholt gegen eine Aenderung des jetzigen Verfahrens ausgesprochen. Trotz aller Mißstände wird man gut thun, der Volksvertretung selbst die Entscheidung über die Wahlen ihrer Mitglieder zu überlassen. Es kommen dabei nicht so sehr rechtliche, als politische Momente in Frage. Wenn die Wähler wachsam sind und wenn die öffentliche Meinung eine Macht wird — wenn die öffentliche Meinung eine Macht wird — und das wird sie mehr und mehr — dann werden solche Vorgänge, wie sie den meisten Anstöß folgte, unter dem Ministerium Puttkamer erregt haben, unmöglich. Der jetzige Reichstag hat auch bewiesen, daß bei gutem Willen auch eine schnellere Erledigung der Wahlprüfungen herbeigeführt werden kann.

Der ungarische Gesetzentwurf hat auch, darin treten wir einer Ausführung der „Pol. Ztg.“ bei, mehrere unannehmliche Einzelbestimmungen.

Jedem Antrage auf gerichtliche Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl ist ein Vor-schuß von 1500 Gulden für die Kosten der Untersuchung beizufügen. Das ist viel zu kostspielig. Noch bedenkllicher erscheint es, daß sich unter den Gründen, die den Gerichtshof zur Kassation einer angefochtenen Wahl bringen müssen, Handlungen befinden, welche wohl kaum als geeignet zur Ungültigmachung einer Wahl anzusehen sind. Beispielsweise soll als Grund der Kassation gelten, „wenn gegen Nationalitäten oder Confession gehandelt worden ist.“ Der Begriff des Heßens ist gar zu dehnbar. Wir sind darauf gespannt, ob die österreichisch-ungarische Volksvertretung dem Gesetzentwurf zustimmen wird.

Der Sonentarif

Scheint den gehegten Erwartungen auch nicht ganz zu entsprechen, wenigstens nicht in Ungarn. Es ist schon gemeldet, daß der ungarische Minister die dortigen Fälle des Sonentaris beim Personenverkehr erhöht hat. Den äußeren Anlaß bot dazu, nach der „Wiener Presse“, die Uebernahme der ungarischen Linien der Staatseisenbahn-Gesellschaft. Zunächst wird der Pest-Wiener Verkehr von dieser Erhöhung getroffen, indem eine Erhöhung bei Eilzügen um einen Gulden in der ersten, um zwanzig Kreuzer in der zweiten Klasse, und bei Personenzügen um fünfzig Kreuzer in der ersten Klasse eintritt. Dieselben Erhöhungen greifen auch bei den directen Fahrarten zwischen Wien und den hinter Pest gelegenen Stationen Platz. Wenngleich diese Erhöhung der Personentariife keine erhebliche und vorwiegend auf die erste Klasse gerichtete ist, so scheint der Entschluß des ungarischen Handelsministers doch von principieller Bedeutung.

Die 25. Gedächtnisfeier der Seeschlacht bei Lissa hat in Oesterreich Veranlassung gegeben, den Gefühlen der Freundschaft für Italien den lebhaftesten Ausdruck zu geben. Am 20. Juli 1866 erlitt bekanntlich die italienische Flotte bei Lissa eine empfindliche Niederlage durch die schwächere österreichische Flotte unter Führung des Admirals Tegetthoff. Das Widerstandsfähige „Affondatore“, auf welchem sich Tegetthoff befand, rannte innerhalb einer halben Stunde drei italienische Panzerschiffe an, beschädigte zwei derselben erheblich und bohrte das dritte, den „Re d'Italia“, in den Grund. Das stolze Schiff sank binnen weniger Minuten, und von einer 600 Mann starken Besatzung wurden nur wenige gerettet. Außerdem gerieth das italienische Schiff „Palestro“ in Brand und flog in die Luft.

Bei dem Banket, welches am Montag in Triest zur Erinnerung an die Schlacht von Lissa stattfand, gedachte der Corvettencapitän Labres des heldenmüthigen Todes der Officiere der Schiffe „Re d'Italia“ und „Palestro“, hob hervor, wie aus dem tapferen Gegner von einst Oesterreich ein Verbündeter entstanden sei und trank auf die herrliche italienische Flotte und ihr ausgezeichnetes Offiziercorps. Der Toast wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen, der sich noch steigerte, als die italienische Nationalhymne gespielt wurde.

Eine ähnliche Aundgebung fand am Montag in Pola statt, wo bei dem Diner im Militärcasino der Hafenadmiral Piner einen Toast auf die allirte königliche Flotte von Italien ausbrachte.

Mahregeln gegen die Verschleppung der Cholera.

Aus Konstantinopel, 16. Juli, schreibt man der „A. C.“: Der Sanitätsrath hat beschlossen, daß die aus Aschmeddah kommenden Schiffe sich einer zehntägigen Quarantäne in den Lazarethen von Akajomenes und Beyrut (je nachdem sie nach dem Westen oder Süden bestimmt sind) zu unterziehen haben. Dieselben Mahregeln wurden im vorigen Jahre ergriffen, als die Cholera in Mekka auftrat. Die Schiffe, welche ihre Route nach dem Persischen Golfe nehmen, müssen im Lazareth von Kameran eine zehntägige Quarantäne durchmachen. Diese Vorschriften werden strengstens eingehalten; die Quarantäne, welche die Pilger in Aegypten bereits erlebt haben, wird hierbei nicht eingerechnet. Der Sultan hat einen besonderen Erlass erlassen, durch den er die gewissenhafte Befolgung und Beobachtung aller nöthigen Vorsichtsmaßregeln anbefohlen hat. Inzwischen hat die Cholera unter den Pilgern in Mekka rasche Fortschritte gemacht. Die officiellen Depeschen (welche bekanntlich nicht verläßlich sind) besagen, daß die eingetretenen Todesfälle von 3 am 11. d. Mts. auf 35 am 12. d. M. gestiegen sind. Wahrscheinlich ist die Zahl in Wirklichkeit eine viel größere. Auch in Aleppo kam ein Cholerafall mit letalem Ausgange im dortigen Gefängnisse vor. An allen wichtigen Punkten (im Lande und längs der Küste) sind Sanitätsposten und Cordons aufgestellt. In Beyrut ist ein türkisches Schiff mit über 1000 Mann, welche für Yemen bestimmt sind, angekommen. Natürlich müssen auch diese Truppen sich der Quarantäne unterziehen. Dieser Zwischenfall hat den Sanitätsrath veranlaßt, der Pforte dringliche Vorstellungen in dem Sinne zu machen, daß in Cholerazeiten Truppensendungen aus ver-seuchten Gegenden zu unterlassen seien.

Arbeiterunruhen in den Vereinigten Staaten.

Im Osten Tennesses hat die Erbitterung der Arbeiter über die Concurrenz, welche ihnen die Arbeit der Sträflinge macht, zu großen Ungeh-llichkeiten geführt. Am letzten Mittwoch gingen die streikenden Grubenarbeiter 40 Sträflinge ab und zwangen sie, die Gruben zu verlassen. Die Strikenden drohen jetzt, alle übrigen Sträflinge in Freiheit zu setzen. Die Handvoll Truppen, welche verfügbar ist, könnte die Arbeiter kaum an der Ausführung ihres Vorhabens hindern.

Seute geht uns darüber folgendes Telegramm zu:

Anogville, 22. Juli. Nach einer Meldung von Reuters Bureau sind in Coalbrook und Briceville in Tennessee schwere Unruhen ausgebrochen. Streikende Bergarbeiter haben auf die als Ersatz zur Arbeit geschickten Sträflinge und die die-selben bewachenden Soldaten geschossen. Die Streikenden beherrschen die Telegraphenlinie. Die Verkündigung des Belagerungszustandes steht bevor; eine größere Truppenmacht mit Mitrailleusen wird vorrücken. Ein ernstes Zusammenstoß wird befürchtet.

Aus Chile.

Wie der „Newyork Herald“ meldet, dürften Flotte und Heer der Insurgenten ohne Verzug Coquimbo angreifen. Aus Coquimbo wird vom 20. Juli telegraphirt: Die der Congresspartei ergebenden Kriegsschiffe „Esmeralda“, „Cochrane“, „Amazonas“ und „Aconcagua“ trafen gestern Abend hier ein und es wird sündlich ein Angriff von ihnen auf die Stadt erwartet. Bereits sind zahlreiche Personen geflüchtet.

Eine bei der chilenischen Gesandtschaft in Paris gestern eingegangene Meldung erzählt, daß die Regierungstruppen bei Quasico zwei von Conelio Saavedra befehligte Schwadronen der Insurgenten geschlagen haben. Saavedra befindet sich auf der Flucht, von seinen Truppen seien 150 Mann gefallen und 70 zu Gefangenen gemacht. Auch eine große Menge Waffen habe Saavedra auf dem Platze gelassen.

Deutschland.

Berlin, 21. Juli. Aus Tromsö, von heute, wird gemeldet: „Der Kaiser ist heute Morgen 8 Uhr von hier direct nach dem Nordcap abge-reist. Das Wetter ist sehr schön.“

Berlin, 21. Juli. Außer der Landgemein-deordnung hat der Kaiser noch das Wildschaden-gesetz und die Wegeordnung für die Provinz Sachsen während des Aufenthaltes in England vollzogen. Beide Gesetze sind von London (das Wildschadengesetz vom Buckingham-Palast) datirt.

„Prinz und Prinzessin Heinrich“ werden, wie die „Allg. Corr.“ hört, am Freitag Morgen aus Berlin in London erwartet. Sie dürften nach kurzem Aufenthalte in London der Königin in Osborne einen Besuch abstatten.

L.C. Das Befinden des freisinnigen Landtags-Abgeordneten Wischmann, welcher vor einigen Tagen in einer Synodalsitzung von einem Schlag-flusse betroffen wurde, bessert sich der „Nass. Volks-Ztg.“ zufolge täglich, so daß Hr. Wischmann wohl bald die Krankstube verlassen kann. Man darf hiernach sich auch der Hoffnung hingeben, daß Hrn. Wischmanns Thätigkeit im öffentlichen Leben keine Unterbrechung erfahren wird.

Der Abg. Singer sollte — wie seit einiger Zeit in verschiedenen Blättern erzählt wird — sein ganzes Vermögen der socialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt und sich nur eine mäßige Rente ausbezahlen haben. Jetzt erzählt die „Saale-Ztg.“, angeblich aus socialdemokratischen Parteikreisen, daß Herr Singer, wie er das früher schon oft wiederholt gethan, dem Partei-fonds 100 000 Mark zu Agitationszwecken über-reicht habe.

Auf Antrag der kgl. Staatsanwaltschaft in Berlin sind in einer Leipziger Buchhandlung und Druckerei auch eine Anzahl Exemplare und der Satz der neuen Druckschrift Karl Paaschs: „Offener Brief an Se. Excellenz den Herrn Reichs-kanzler v. Caprivi“, mit Beschlagnahme belegt worden. Karl Paasch hatte, wie die „Pos. Ztg.“ erzählt, auch mit der Socialdemokratie Verbindungen anzuknüpfen gesucht. Sein betäubender Gemüths-zustand wurde hier allerdings schnell erkannt.

Der Magdeburger Polizeipräsident Rehter hat nach dem „B. Z.“ trotz der zu seinen Ungunsten in einem früheren Falle erfolgten Ent-scheidung des Bezirksausschusses am letzten Son-nabend wiederum die Festlichkeiten zweier Vereine um 12 Uhr Nachts unter Aufgebot zahlreicher Polizeimannschaften zwangsweise schließen lassen.

L. [Der Verband deutscher Bergarbeiter] hat in seiner vorgestrigen Generalversammlung in Bochum auf Antrag eines Delegierten aus Gelsenkirch und unter lebhafter Befürwortung durch die „Kaiserdelegirten“ Schröder und Bunte be-schlossen, den Vorstand zu einer Aenderung des Statuts zu ermächtigen, damit in Zukunft auch Fabrikarbeiter dem Verbands beitreten können und den letzteren in Zukunft etwa „Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“ zu nennen. Herr Schröder meinte, daß wenn der Antrag an-genommen würde, den Arbeitern nicht mehr der Anspieß wüßten die Beine geworfen werden könnte. Bis jetzt haben sich die Arbeiter der Eisenindustrie — auf diese ist es wohl abgesehen — von den Bestrebungen der unter der Führung der drei Kaiserdelegirten stehenden Bergleute ganz ferngehalten, es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß sie gemeinschaftliche Sache mit ihnen machen sollten in einem Augenblick, in welchem der Bergarbeiterverband nach und nach zurückgeht und selbst in ihm die Herren Sichel, Schröder und Bunte ihre Rollen ausgespielt haben. Die beiden ersteren wurden nur mit genügender Stimmzahl in den Vorstand wiedergewählt, während Herr Bunte durchfiel.

[Polen und Centrum.] Die „Schles. Volks-Ztg.“ bringt einen offenen Brief des Reichs- und Landtags-Abg. Grafen Ballestrem an den Reichs-tags-Abg. v. Rosjelski zur Motivierung seiner Aeußerung, welche dahin ging, daß die polnisch sprechenden Bewohner Oberschlesiens keine „Polen“, sondern „polnisch sprechende Preußen“ seien. Es heißt in diesem Briefe: Seit sechs

Jahrhunderten hat Oberschlesien keine staatliche Verbindung mit Polen und gehört seit dieser Zeit immer deutschen Staatsangehörigen an. Der Oberschlesier fühlt sich daher in staatsrechtlicher Beziehung nicht als „Pole“, sondern seit 150 Jahren als „polnisch sprechender Preuße“, derselbe will nur seine Religion und seine Muttersprache wissen; für beides sind die deutschsprechenden ober-schlesischen Abgeordneten des Centrums stets energisch eingetreten, und es bedarf dazu keiner großpolnischen Agitatoren und keiner großpolnischen Abgeordneten. Die Regierung hat freilich einen großen und schweren Fehler gemacht, indem sie der Erlernung und Pflege der polnischen Muttersprache in den Schulen entgegentrat, aber auch hiergegen haben die Centrums-Abgeordneten stets protestiert und gekämpft und werden es auch ferner thun, bis Remedur eintritt; also auch zur Bekämpfung dieser Regierungsmaßregeln bedarf es keiner großpolnischen Agitation; dieselbe erstrebt auch ganz andere Ziele.

* [Zur Einfuhr amerikanischer Schweinefleisch.] Schreibt die „Allg. Fleisch-Ztg.“: Ein offizieller Befehl der deutschen Regierung ist, wie uns von der amerikanischen Gesandtschaft auf unsere Nachfrage verifiziert wird, der Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit bisher nicht zugegangen, dagegen erfahren wir an derselben Stelle, daß gute Aussicht vorhanden ist, daß nach der von der amerikanischen Regierung neuerdings getroffenen sanitätspolizeilichen Controlle die Einfuhr gestattet wird.

* Aus Hannover, 20. Juli, schreibt man der „Z. R.“: Der zehnte deutsche Turnertag begann gestern seine Verhandlungen mit Beratungen des Ausschusses. Nach Verlesung des Geschäftsberichtes gelangte eine Reihe von Anträgen zur Berathung. Von 28 Gesuchen um Unterstützung beim Bau von Turnhallen konnten nur vier Berücksichtigung finden, da aus der Stiftung zur Gewährung von Beihilfen an unbemittelte Turnvereine nur 2870 Mk. zur Verfügung standen. Der Antrag, behufs Vereinfachung der Rechnungen und Auffüllung der Listen über Werthung der Leistungen beim Welt-Turnen künftig 5 Kampfrichter zu wählen, wurde abgelehnt, der Antrag, nur 2 Kampfrichter in Thätigkeit treten zu lassen, mit der Erklärung begründet, 5 tüchtig geschulte Kampfrichter ständen nicht immer zur Verfügung und eine einzige ungeeignete Kraft beeinträchtigte durch ihre Schätzung die Richtigkeit der Durchschnittswerthung, wogegen bei Wahl von zwei Richtern wohl immer die Befähigten zur Abschätzung berufen würden, deren durchschnittliche Werthung den Leistungen der Turner gerechter werde. Dieser Antrag fand Annahme, ebenso derjenige, zur Auffüllung der Werthungslisten 12 Richter zu bestellen. Die Versammlung beschloß ein Gesuch an das Ministerium, die Schulbehörden anzuweisen, daß dieselben den Turnvereinen die Benutzung der Schulturnhallen gestatten.

Stettin, 21. Juli. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet: Das Befinden des Königs war in der letzten Woche befriedigend, der allmähliche Auszug der ärztlichen Störung hält an; es ist zu hoffen, daß der König bei fortgesetzter Ruhe und günstiger Witterung im Laufe des Sommers sich wieder ganz erhole.

Oesterreich-Ungarn.

* [Der österreichische Reichsrath] ist am Montag durch den Grafen Tassie im Auftrage des Kaisers verlag, nachdem das Herrenhaus in einer Abend Sitzung das Budget und eine Anzahl Gesetze genehmigt hatte und die Wahl für die Delegationen vorgenommen war.

Wien, 21. Juli. Dem „Fremdenblatt“ zufolge wird in Regierungskreisen die Frage der Heranziehung der Postsparkassen zu Zwecken der Steuererhebung erwogen.

Peft, 21. Juli. Daß der Abg. Ugron die Herausforderung, welche ihm der Hauptmann Uzelac gegen eine Rede jenes im Abgeordnetenhaus zugesagt, angenommen habe (wie in der heutigen Morgennummer telegraphisch gemeldet), ist unrichtig. Die Zeugen Ugrons haben vielmehr den Vertretern des Hauptmanns erklärt, auf Grund eines von 20 hervorragenden Abgeordneten gefaßten Beschlusses könnten sie im Interesse der Wahrung der parlamentarischen Redefreiheit nicht zugeben, daß der Abg. Ugron für Aufsehrungen, welche er im Parlament gethan, Sühnung gebe, und zwar um so mehr, als er unter Reserve gesprochen habe. Hiermit seien ihrerseits die Verhandlungen erledigt.

Frankreich

Paris, 21. Juli. Die Budgetcommission wird am Donnerstag den Marineminister Barbed über Briffons Bericht zum Marinebudget anhören. Die Verwirklichung des von Briffon entworfenen Planes würde, wie man versichert, eine Vermehrung der Ausgaben um etwa 30 Millionen Francs erfordern. (W. Z.)

England.

London, 21. Juli. Unterhaus. Der Unterstaatssecretär Ferguson erklärte, die Ernennung eines permanenten englischen Vertreters beim Vatican sei nicht beabsichtigt. (W. Z.)

Italien.

Rom, 21. Juli. Der Kronprinz ist um 10 Uhr Vormittags nach London abgereist. (W. Z.)

Rumänien.

* Entgegen der Meldung Bukarester Zeitungen, Kronprinz Ferdinand wolle lieber der Thronfolge als der Ehe mit Frau. Elena Bacarescu entsagen, bringen die neuesten in Bukarest zur Ausgabe gelangten Blätter, wie man der „Voss. Ztg.“ meldet, den endgültigen Bericht des Kronprinzen auf die geplante Heirath.

Griechenland.

* [Die Gemeindevahlen in Griechenland] sind, soweit bis jetzt bekannt, zu Gunsten der Regierungspartei ausgefallen. Candidaten der Opposition sind in etwa 20 Gemeinden gewählt, darunter Athen, Piräus, Corfu.

Rußland.

* Die „Nowoje Wremja“ schreibt: „Die zahlreichen Juden, die seit vielen Jahren ungeachtetlicher Weise in Petersburg gelebt und inzwischen sich in verschiedene Handelsunternehmungen eingelassen haben, sind verpflichtet, bis zum 15. Juli a. St. an welchem Tage die ihnen gewährte dreimonatliche Frist abläuft, in die Rapons ihrer Wohnsitzberechtigung überzusiedeln.“ Dasselbe Blatt berichtet, daß das Justizministerium endgültig bestimmt habe, daß Rechtsanwält-Gehilfen mosaischen Glaubens, die zum Christenthum übertraten, erst drei Jahre nach diesem Uebertritt in den Vollbesitz ihrer Ständerechte gelangen.

Am 23. Juli: Danzig, 22. Juli. M. A. 9.49. G. A. 4.00. S. U. 8.12. W. A. 1. b. 2. Tage. Wetterausblick für Donnerstag, 23. Juni, und zwar für das nordöstliche Deutschland. Schön, warm, wolkeig. Strichweise Gewitter. Lebhafter Wind an den Küsten.

Für Freitag, 24. Juli:

Wolkig, sonnig, warm, dann bedeckt. Vielfach Gewitterregen.

Für Sonnabend, 25. Juli:

Veränderlich wolkig, Temperatur wenig verändert, windig, Strichregen. Gewitter.

* [Neuer Oberpräsident.] Die schnell hinter einander durch den Tod erledigten Oberpräsidenten der beiden Schwesterprovinzen West- und Ostpreußen sind nun besetzt worden. Herrn v. Gofler's Ernennung für Westpreußen, welche wir schon vor längerer Zeit als nicht unwahrscheinlich bezeichneten, wenigstens er damals in erster Linie für Ostpreußen in Frage kam, ist bereits erfolgt und sein Eintreffen in Danzig zur Ueberrahme seines neuen Amtes steht schon in nächster Woche bevor. Gustav v. Gofler, der nun als vierter westpreussischer Oberpräsident (Nachfolger der Herren Dr. Achenbach, v. Ernsthausen und v. Leipziger) an der Spitze unserer Provinz stehen wird, ist am 13. April 1838 zu Naumburg a. S. geboren worden, steht mithin im 54. Lebensjahre. Sein Vater, der im Jahre 1885 als Tribunalspräsident und Kanzler von Preußen in Königsberg verstorben ist, war der Bruder der bekannten Satin des Cultusministers v. Mühlher. Sr. v. Gofler besuchte die Gymnasien in Potsdam und Königsberg und studierte in Berlin, Heidelberg und Königsberg die Rechte. Im Jahre 1859 trat er als Auscultator in den preussischen Justizdienst, wurde 1861 Referendar in Königsberg und 1864 Gerichtsassessor in Insterburg. Er trat nunmehr in den Verwaltungsdienst über, wurde 1865 Landrath des Kreises Darkehmen und 1874 Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern. Im Jahre 1878 erfolgte seine Ernennung zum Obergerichtsgerichtsrath und im nächsten Jahre wurde er von dem damaligen Cultusminister v. Puttkamer an Synods Stelle als Unterstaatssecretär in das Cultusministerium berufen. Nachdem Herr v. Puttkamer sein Portfeuille mit dem des Innern vertauscht hatte, übernahm am 18. Juli 1881 Herr v. Gofler das Cultusministerium, das er beinahe 10 Jahre lang verwaltet hat. Im Jahre 1877 war er schon in dem Wahlkreise Stallupönen - Goldap - Darkehmen gegen Parisius, welcher den Wahlkreis von 1874-1877 vertreten hatte, zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. In Folge seiner Ernennung zum Obergerichtsgerichtsrath legte er am 26. April 1878 sein Mandat nieder, eine Nachwahl fand nicht mehr statt. In der nächsten Legislaturperiode wurde er wieder gewählt, mußte jedoch in Folge seiner Beförderung zum Unterstaatssecretär sein Mandat abermals niederlegen, das er aber in der Nachwahl von Neuem erhielt. Am 17. Februar 1881 wurde er zum Präsidenten des Reichstages gewählt, legte aber in Folge seiner Ernennung zum Cultusminister sein Mandat wiederum nieder. In der nächsten Wahlperiode hat er den Wahlkreis Stallupönen-Goldap-Darkehmen noch einmal vertreten, später aber eine Wiederwahl abgelehnt.

Die polnische Presse ist mit der Ernennung des Herrn v. Gofler zum Oberpräsidenten Westpreußens wenig zufrieden. Der „Drendownik“ bemerkt:

„Wir Polen können diese Nachricht nicht mit Freude begrüßen. Herr v. Gofler hat als Minister sich sehr speciell mit den Angelegenheiten des polnischen Elements befaßt, er ist mit denselben wohl bekannt und wird sie in seiner neuen Stellung zum Vortheil des deutschen Elements auszunutzen verstehen. In dieser Beziehung dürfen wir uns auch nicht einen Augenblick irgend welchen Illusionen hingeben. Wir erwarten diese Ernennung des Herrn v. Gofler als eine sehr ungünstige Vorbedeutung für das polnische Element.“

Als Politiker hat Herr v. Gofler stets auf Seiten der Conservativen gestanden, als Minister freilich war die äußerste Rechte wohl nicht immer mit ihm zufrieden und man sagt, es sei der lebhafteste Wunsch der ostpreussischen Conservativen gewesen, nicht Herrn v. Gofler als Oberpräsidenten zu erhalten.

Nun, dieser Wunsch wäre erfüllt worden, denn an der Ernennung des stramm conservativen Grafen Stolberg für Ostpreußen ist ja nicht mehr zu zweifeln. Graf Udo zu Stolberg, Besitzer der Fideicommiss Kreppelhof in Schlesien und Dönhofsstadt in Ostpreußen ist das bekannte Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses. Derselbe ist am 4. März 1840 in Berlin geboren, absolvierte das Abiturienten-Examen und studierte in Halle. Als activer Militär machte Graf Udo zu Stolberg, der jetzt Major à la suite der Armee ist, die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit. In der Schlacht von Königgrätz wurde er verwundet. Im Reichstage vertrat Graf Udo den Wahlkreis Rastenburg-Friedland.

* [Von der Flotte.] Zu dem heutigen ersten großen Landungsmanöver der Panzerflotte bei Odingen hat sich von hier aus auch der commandirende General, Herr Lenke, mit seinem Stabe nach Odingen begeben. — Die beiden Kieler Privatdampfer „Frany“ und „Pauline“ sind zur Aufnahme ihrer Functionen als Sperrschiffe gestern ebenfalls nach Odingen gegangen. — Das Flottillenschiff des Torpedogeschwaders, Aviso „Blitz“, kam gestern Nachmittags nochmals in unsere Bucht und ging dicht vor Joppot vor Anker, verließ dann aber in der Nacht die hiesige Rade.

* [Kirchliche Wahlen.] In den evangelischen Kirchgemeinden sind im Herbst d. J. die Wahlen zur Ergänzung der kirchlichen Gemeindekörperschaften vorzunehmen. An der Wahl dürfen nur diejenigen Gemeindeglieder theilnehmen, welche vor Abschluß der Wählerliste in dieselbe eingetragen sind. Der Abschluß der Wählerliste hat mit Ende August zu erfolgen. Die Wahl selbst ist an einem Sonntage im Herbst, jedenfalls aber vor Ende Oktober vorzunehmen. Für die Vornahme der Wahl ist demnach der späteste Termin der 22. Sonntag nach Trinitatis, das ist der 25. Oktober d. J.

* [Jubiläum der Bäckergesellenbrüderschaft.] Die Feier des fünfhundertjährigen Bestehens der hiesigen Bäckergesellenbrüderschaft wird am Dienstag, den 28. Juli, mit einem Umzuge, der um 5 Uhr Nachmittags von der Gesellenherberge in der Breitgasse seinen Ausgang nimmt, eröffnet werden. Dem Umzuge, der einige Stunden dauern und durch zahlreiche Straßen führen wird, werden sich nach und nach die übrigen Gesellenbrüderschaften der Stadt anschließen. Der Zug bewegt sich dann nach der Herberge zurück, wo der Festakt, zu welchem Mitglieder des

Magistrats und die Bäcker-Innung eingeladen sind, stattfindet. Die Innung wird der Brüderschaft zur Erinnerung an das Jubiläum ein Andenken verehren, über dessen Form noch Beschluß gefaßt werden soll.

* [Von der Weichsel.] Nach dem heute Nachmittags 2 Uhr hier eingetroffenen Telegramm aus Warchau ist dort der Wasserstand ferner von 2.40 auf 2.05 Meter gefallen.

* [Befreiung von Raponbeschränkungen.] Die hiesige königl. Commandantur erläßt heute folgende, vom 20. Juli datirte Bekanntmachung: Durch Verfügung der kais. Reichs-Rapon-Commission vom 3. Juli 1891 werden mit dem heutigen Tage die sämtlichen Raponbeschränkungen für nachstehend aufgeführte Stadttheile aufgehoben: 1. das zwischen der hohen Stadtfront und den davorliegenden äußeren Festungsmerken (Bischofsberg, Jagelsberg nebst Anställen) liegende Gelände; 2) das Gelände, welches innerhalb Saillant Stützpunktes, Bastion am Rähm und Bastion Holzraum liegt (hintern Lazareth und Jungstädtischer Holzraum); 3. das eingetriedigte Gelände der kais. Werft einschl. des dahinter liegenden Geländes, welches von der Werft, dem Häker- und Pfandgraben umschlossen wird; 4. das Gelände, welches vorwärts der Bastione Ludw. und Mottlau liegt (der sogen. Wildpeter u.). Die Grenzen, bis zu welchen die Raponbeschränkungen aufgehoben werden, fallen zusammen mit der jetzt bestehenden inneren Grenze der äußeren Festungsmerke, sowie mit dem linken Weichsel- bzw. linken Mottlauufer.

Es wird nun auch wohl nicht lange dauern, bis die noch unbebaute ca. 16 Morgen große Fläche zwischen Wildpeter und Pfandgraben bebaut sein wird. Zu wünschen wäre aber auch an anderen Fronten der Festung erleichternde Baubedingungen. Wie nachtheilig für manchen im Festungsrapon wohnenden Hausbesitzer die gegenwärtig bestehenden Vorschriften sind, dafür wird uns folgendes Beispiel mittheilen: Ein Hauseigentümer in der Vorstadt Schidlitz, dessen Grundstück im ersten Festungs-Rapon liegt, beantragte an Stelle eines dem Einfurze nahen Stallgebäudes eine durchgreifende Reparatur desselben; darauf erhielt er von der Baupolizei die Verfügung, eine derartige Reparatur würde einem Neubau fast gleichkommen und könnte deshalb nicht gestattet werden, auch sei der Stall von Holz und diese Gebäude müßten in der Vorstadt massiv gebaut werden. Hierauf beantragte der Besitzer, den Neubau in der angegebenen Weise. Durch polizeiliche Verfügung wurde ihm der Befehl, das Stallgebäude könne auf derselben Stelle nicht erbaut werden, weil die Entfernung von dem nächsten Gebäude zu gering sei. Der Besitzer hätte sich nur dadurch helfen können, daß er vom Nachbarn ein Stück Land zukaufte. Dazu war er aber zu arm. Nach § 11 der Bau-Polizeiordnung für die Vorstädte darf nur massiv gebaut werden; nach § 17 des Rapon-Gesetzes darf dieses nicht geschehen!

* [Personen bei der Justiz.] Der Amtsgerichts-rath Weisse in Ronitz ist in gleicher Amtseigenschaft an das Amtsgericht zu Joppot versetzt, der Rechts-candidat Bernhard Fuchs aus Elbing zum Referendarium ernannt und dem Amtsgerichte in Christburg zur Befähigung überwiesen, der Amtsgerichtssecretär Gronwaldt in Ronitz ist in gleicher Amtseigenschaft an das Amtsgericht in Schwab versetzt worden.

* [Personen beim Militär.] Oberstleutnant v. Schmeling, etatsmäßiger Stabsarzt bei dem Infanterieregiment Fürst Blücher von Wahlstatt ist zum Commandeur des Infanterieregiments Kaiser Franz Josef von Oesterreich ernannt; Oberstleutnant Meske, etatsmäßiger Stabsarzt im ostpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 4, unter Beförderung zum Obersten und Commandeur des Infanterieregiments Nr. 21 in Thorn ernannt; Oberst v. Stotow im Infanterieregiment Großherzog Friedrich Franz II. (früher Director der Gewerksfabrik zu Danzig) zum Inspecteur der Gehr- und Munitionsfabriken ernannt.

* [Verrechnung.] An Stelle des zum Geh. expedirenden Secretär und Calculator bei dem Cultusministerium ernannten bisherigen Confistorial-Secretärs Lange ist der Confistorial-Secretär Spöhr aus Magdeburg an das hiesige Confistorium versetzt worden.

* [Ehejubiläumsmemorial.] Dem Stadtrath Schemionel'schen Ehepaare zu Elbing ist zu seiner gefeierten goldenen Hochzeit (siehe die Elbinger Correspondenz in der heutigen Morgen-Ausgabe) vom Kaiser die Ehejubiläumsmemorial verliehen worden.

* [Unfall beim Gefechtschießen.] Bei dem Gefechts-schießen auf dem neuen Schießterrain Schwabenthal, zwischen Freudenthal und dem Schwedenbäum bei Döwa, ereignete sich gestern der Unfall, daß zwei Infanteristen an den Beinen verwundet wurden, und zwar der eine leicht, der andere etwas schwerer. Ueber den Hergang ist zuverlässiges noch nicht bekannt, da das Resultat einer amtlichen Untersuchung noch nicht vorliegt.

* [Kosterie.] Durch Oberpräsidial-Erlaß ist dem Vorstand des Vereins „Frauenwohl“ in Danzig die Genehmigung erteilt worden, bei Gelegenheit der in der Zeit vom 9. bis 19. December d. J. hieselbst abzuhaltenden kunstgewerblichen Messe eine Verlosung von kunstgewerblichen Arbeiten zu veranstalten, dazu 4000 Loose zum Preise von 50 Pf. das Loos auszugeben und in der Provinz Westpreußen zu vertheilen.

* [Polizeibericht vom 22. Juli.] Verhaftet: 8 Personen, darunter: 1 Schmiel wegen Verhinderung der Arretierung, 1 Arbeiter wegen Mißhandlung, 1 Obdachloser, 1 Bettler, 1 Betrunkener. — Gestohlen: 1 Taschenuhr. — Verloren: Am 20. Juli cr. in der Langgasse ein Portemonnaie mit 50 Mk. in Gold, einigen Mark in Silber, einer Leinwand über bezogene Kautschu, einigen Badescheitels, abzugeben auf der Polizei-Direction; am 19. Juli cr. auf der Westplatte oder vom Bahnhofs Hofplatz bis nach der Langgasse eine Granatbroche (Alteblat); abzugeben gegen 5 Mk. Belohnung Langgasse 15 bei Könenkamp. — Gefunden: 1 Kinder-schuh, 1 Badeschuh mit Tasche, abzuholen von der Polizei-Direction; im Schützenpark 1 Paar Kinderhandschuhe, abzuholen von Fr. Marija Stein, Spendhaus 6.

* Döwa, 22. Juli. Herr Hauptmann a. D. Richard Duth hieselbst ist zum Gemeinde- und Amtsvorsteher der Gemeinde Döwa auf eine fernere Amtsdauer von sechs Jahren gewählt und für das gedachte Amt befähigt worden.

* Reustadt, 22. Juli. Der kaufmännische Verein in Danzig von 1870 wird Sonntag, den 2. August, mittels Extrazuges eines Ausflugs hierher unternehmen; es soll ein gemeinsamer Spaziergang durch den gräflichen Park und unsere so leicht erreichbaren Wälder stattfinden und alsdann eine Vereinigung mit dem hiesigen Gesangsverein auf dem Schützenplatze erfolgen, wo seitens beider Vereine abwechselnd Gesangsvorträge zur Ausführung gelangen sollen. — Das im Frühjahr in Angriff genommene Gebäude für die höhere Mädchenschule geht seiner Vollendung entgegen und wird voraussichtlich schon im Oktober d. J. bezogen werden können. Das im Klostergarten errichtete Gebäude welches nunmehr auch mit einem eisernen Gitter umgeben werden soll, macht einen freundlichen Eindruck, und ist ebenfalls die gesunde und angenehme Lage desselben ein nicht zu unterschätzender Vorzug. — Die früher noch in diesem Jahre beabsichtigte Einweihung des hier zu errichtenden Kaiser- und Kriegerdenkmals ist bis zum nächsten Frühjahr verschoben worden, da die dazu erforderlichen Mittel noch nicht ganz bereit gestellt sind.

* W. aus dem Reise Carthaus, 21. Juli. Die ungeheuren Regenmengen, welche während der letzten Wochen über unsern Kreis niedergegangen sind, fangen leider an, auf die Kartoffeln ihren verderblichen Einfluß zu äußern. In den tiefer gelegenen Kartoffelfeldern nimmt das Kraut gelbe Färbung an und es sollen, wie einige Landwirthe versichern, die Wurzelfasern zu faulen anfangen. Die Heuernte ist unter dem Einflusse der letzten trockenen Tage im ganzen befriedigend ausgefallen, dagegen ist der Ales

an vielen Orten gänzlich verborben. Die Sommerfrüchte stehen durchgängig ausgezeichnet und versprechen eine gute Ernte.

ph. Dirschau, 22. Juli. Gestern fand die General-Versammlung der Actionäre der Zuckerfabrik Dirschau statt. Da die Jahresrechnung mit einer Unterbilanz von 166 Mk. abschloß, konnte eine Dividende nicht gewährt werden. In den Aufsichtsrath wurde Guts-beitzer Ludw. Göhrh und als Directionsmitglied Guts-beitzer Theod. Göhrh wiedergewählt.

* Fürst Bismarck beabsichtigt, nach einem pommerischen Blatte, gegen Ende August (nach Beendigung der Riffingur) in Barin einzutreffen. Auch im vergangenen Jahre begab sich der Fürst bekanntlich von Riffingen direct nach seiner hinterpommerischen Besitzung.

* Königsberg, 21. Juli. Ein recht bedauerlicher Unfall hat sich am 15. d. gegen Abend in dem Baderhaus ereignet. Der früher hier, jetzt in Berlin wohnhafte Buchhalter W. befand sich seit kurzem mit seinem 15 Jahre alten Sohn in Rauschen. Am genannten Tage machte der junge Mann von einem Pfahle, in dem Glauben, daß das Wasser an dieser Stelle tief sei, einen Kopfsprung und schlug mit dem Hinterkopfe darauf auf den Grund, daß er beinahe tödtlich verletzt wurde und in die hiesige Klinik gebracht werden mußte. Von ärztlicher Seite wurde hier festgestellt, daß der Verletzte einen theilweisen Bruch der Gehirnhirnhäute erlitten hat. Die Verletzung ist so gefährlich, daß an der Erhaltung des jungen Lebens stark ge-zweifelt werden muß. (A. Allg. Z.)

* Dem Regierungsrath Warmbrunn zu Gumbinnen ist der rothe Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, dem Hofmeister a. D. Schermer zu Raguit der rothe Adlerorden 4. Klasse, dem Postsecretär a. D. Borkowsky zu Königsberg der Kronenorden 4. Klasse, dem Hegemeister a. D. Rumlitz zu Weiskes im Kreise Wehlau das allg. Ehrenzeichen in Gold verliehen worden.

* Osterode, 20. Juli. Vorgestern verstarb im rüstigen Mannesalter Herr Rechtsanwält Meißner. Derselbe hatte, als er am 13. d. M. per Dreirad von seinem Gute Gr. Gräben zurückkehrte, das Unglück, zu fallen und sich den rechten Unterarm zu brechen. Diese Verletzung hatte so schlimme Folgen, daß ihm am Freitag durch den aus Königsberg herbeigerufenen Professor B. der ganze Arm abgenommen werden mußte. Der Brand war jedoch schon zu weit vorgeschritten, als daß ihm diese Operation noch hätte das Leben retten können.

* Arns (Ostpr.), 20. Juli. In einer der letzten Nächte schlug der Blitz in zwei Mannschafszelte des zur Schließung von Insterburg bew. Gumbinnen nach Arns ausgerichteten 2. Artillerie-Regiments Prinz August von Preußen. Vier Kanoniere wurden getödtet, waren jedoch nach Verlauf von 6 Stunden wieder dienstfähig.

Von der Marine.

* Der Capitän-Lieutenant Becker ist zum Corvetten-Capitän, die Lieutenants zur See Graf v. Diola und Brinkmann sind zu Capitän-Lieutenants, die Unter-Lieutenants Marks, Rühne und Deimling zu Lieutenants zur See befördert. Dem Stabs-Ingenieur Kapitän ist der nachgeforderte Abschied mit Pension und Uniform und Aussicht auf Anstellung im Civil-dienst erteilt worden.

Bermischte Nachrichten.

* [Der Bruder von Ferdinand Gregorovius], der Oberst a. D. Julius Gregorovius, ist nun ebenfalls in Planegg bei München gestorben. Während seiner activen Militärlaufbahn stand er vor einer Reihe von Jahren in Danzig in Garnison.

* [Durch eine Dogge beim Gastmahl getödtet.] Ein in der Linde-Straße in Paris wohnender Rentner, Borgeau, besitzt eine prachtvolle bänische Dogge. Als Herr Borgeau am Sonntag einige Gäste zum Dejeuner bei sich hatte, entfiel einem derselben, einem Herrn Defail, die Serviette; er bückte sich, um dieselbe aufzuheben und fiel dabei auf den Boden. Sofort sprang die Dogge auf ihn los und biß ihn in den Hals. Schwer verletzt wurde Herr Defail ins Hospital gebracht, allein noch auf dem Wege dahin gab er seinen Geist auf.

* Posen, 21. Juli. [Der Selbstmordversuch], von dem wir gestern nach der „Z. Z.“ berichteten, ist, wie sich dieses Blatt heute berichtet, nicht im Zuge gemacht worden. Der Schwerverwundete ist nur mit der Eisenbahn nach Posen geschafft worden, wo sein Tod übrigens noch gestern eingetreten ist.

* Bei dem früheren Kaiser Dom Pedro von Brasilien, der in Wich wohnte, ist, nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“, zu einer Fußwunde der Krebs getreten.

* Breslau, 20. Juli. Das hiesige Kriegsgericht verurtheilte den Viefeldwebel Thiem wegen Ermordung seiner Braut zum Tode.

* Hamburg, 20. Juli. Der Wetschwimmer Ulfsted aus Eisehofen hat sich gestern Morgen bei einem großen Versuchssprung das Genick gebrochen und ist sofort gestorben.

* Eßau (Sachsen), 20. Juli. Die Trichinosis, die unter den Bewohnern von Alt- und Neugersdorf in Folge Genusses von Rindfleischwürsten ausgebrochen ist, nimmt größere Dimensionen an; bis jetzt sind 55 Erkrankungs-fälle constatirt. (W. Z.)

* Dortmund, 20. Juli. Der im hiesigen Gefängnis sitzende, zum Tode verurtheilte Raubmörder Michaelsh hat gestern einen Mordversuch gegen den Gefangenwärter unternommen. Der Wärter ist erheblich verletzt.

* London, 20. Juli. Auf dem Siegeszuge, welchen das deutsche Lager über die Länder der Erde hält, fließt es nirgends auf größere Schwierigkeiten, als in England. Die das Leben des Inselvolkes mehr als andere Völker beherrschende süße Milch der Gemüthsheit vereinigt sich hier mit einer Abwehr des deutschen Products seitens bedrohter Interessenten, welchen Niesenmittel zu Gebote stehen. Trotz alledem aber erobert sich auch in England das leichtere Getränk von Jahr zu Jahr mehr Boden. Schon heute ziehen viele Engländer den deutschen Gerstenstoff, namentlich im Sommer, vor, weil er nicht so zu Kopfe steigt und meistens auch reiner ist. Aber wenn die Rebel kommen und der feuchte Winter erscheint, so reicht nach der Meinung des Briten der leichtere Stoff nicht aus, obwohl manche zugeben, das englische Ale trage viel Schuld daran, daß die Gicht fast die gesammte Bevölkerung plagt und haum eine Familie von dem schmerz zu vertreiben Feinde frei ist.

* London, 20. Juli. Gutem Vernehmen nach machen die Arbeiten an dem Wathin-Thurm in London, welcher den Pariser Eiffelturm weit zu überragen bestimmt ist, rüstigen Fortschritt. Eine Anzahl Parlamentsabgeordneter und anderer bedeutender Persönlichkeiten werden am nächsten Sonnabend die Bauten in Augenschein nehmen.

* Christiania, 17. Juli. [Henrik Ibsen] ist mit seiner Gemahlin hier angekommen und reist jetzt nach Nord-cpp und Finnmarken.

Elektrische Bahnen in Berlin.

Werner Siemens hat kürzlich in einem Vortrag die geringe Entwicklung der elektrischen Bahnen und insbesondere der großstädtischen Hochbahnen in Deutschland beklagt. Er hat seine Geneigtheit kundgegeben, seinerseits zur Beseitigung dieses Mangels mitzuwirken. Er plant nichts Geringeres, als die Anlage einer elektrischen Hochbahn im Süden Berlins, welche den schlesischen und den zoologischen Garten-Bahnhof in ähnlicher Weise, wie dies mittels der Stadtbahn auf der nördlichen Seite geschieht, südwärts verbinden und dabei wesentlich dem Laufe des Landwehrkanals folgen soll. Es scheint aber, als ob auch dieses Unter-nehmen ernstlichen Hindernissen begegnet. Wenigstens werden namentlich auf Seite der städtischen Behörden gegen die geplante Trasse gewichtige Bedenken erhoben. Der promenadenartige Charakter der Straßenanlagen längs des genannten Kanals, ihre Baumalleen würden ernstlich gefährdet, und da wo die Bahn theilweise über der Wasserfläche errichtet werden müßte

